

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

24. Sitzung

am Mittwoch, dem 22. April 1998, 10:00 Uhr

im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

zeitweise in Vertretung von Jürgen Weber

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Meinhard Füllner (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Weitere Anwesende

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Umweltministers über die Umweltaktivitäten der Landesregierung Schleswig-Holsteins im Ostseeraum	4
2. Eine-Welt-Beirat Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1251	8
3. Resolution zur Regierungserklärung „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenwachsenden Europas“ Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1389	12
4. Einführung des Euro in der Steuerverwaltung und im Landeshaushalt Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1362	13
5. Bericht des Landtagspräsidenten über die 6. Parlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum hier: abschließende Kenntnisnahme	16
6. Bericht der Landesregierung über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung Drucksache 14/888 hier: abschließende Kenntnisnahme	16
7. Information/Kennntnisnahme	17
8. Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Vor Eintritt in die Tagesordnung einigt sich der Ausschuß darauf, zu dem ursprünglich vorgesehenen und aus Termingründen abgesetzten Sachstandsbericht von Minister Gerd Walter zur Agenda 2000 ein schriftliche Vorlage bis zur Sitzung am 29. Mai zu erbitten, in der auch die Ergebnisse der Kabinettsitzung vom 5. Mai ihren Niederschlag finden sollen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Umweltministers über die Umweltaktivitäten der Landesregierung Schleswig-Holsteins im Ostseeraum

Der Vorsitzende erinnert an den im Ausschuß einstimmig gefaßten Entschluß, in regelmäßigen Abständen mit den Fachressorts in einen Meinungsaustausch einzutreten, um europarelevante Themen zu diskutieren.

Minister Rainer Steenblock baut seinen Vortrag auf folgenden drei Punkten auf:

1. Internationale und gesamtpolitische Bedeutung der umweltbezogenen Zusammenarbeit im Ostseeraum;
2. die schleswig-holsteinische Dimension und Vision der umweltbezogenen Ostseezusammenarbeit;
3. einige beispielhafte Projekte im Rahmen dieser Zusammenarbeit.

Zu Punkt 1 führt M Steenblock aus, daß die umweltbezogene Zusammenarbeit im Ostseeraum stets eine erhebliche Bedeutung im Rahmen der gesamtpolitischen Zusammenarbeit gehabt habe und auch heute noch habe. Mit der Helsinkikonvention zum Ostseeschutz sei im Jahre 1974 eine intensive internationale Fachkooperation begonnen worden, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem eine Ost-West-Zusammenarbeit im Ostseeraum angesichts der politischen Spannungslage ansonsten nahezu nicht funktioniert habe. Die Bedeutung und Ausrichtung der Zusammenarbeit im Umweltschutz habe sich seitdem verstärkt. Die Zusammenarbeit auf der Helcom-Ebene habe eine Reihe positiver Abkommen zur Folge gehabt, wie zum Beispiel eine Vereinbarung über die Entsorgung von Schiffölen, die man vorbildlich nennen könne. Schleswig-Holstein habe allerdings in der Umsetzung etwas Probleme, weil gefordert worden sei, dieses vorbildliche System nicht nur für die Ostseeraum, sondern auch zum Schutze der Meeresumwelt

im Nordseebereich anzuwenden. Das sei für Schleswig-Holstein mit seinen Häfen ein wichtiger Problembereich, weil Umweltschutz immer auch durch die Auflagen, die zu realisieren seien, die Wettbewerbssituation der Beteiligten berühre.

Ein zweiter wichtiger internationaler Prozeß für die aktuelle umweltbezogene Ostseezusammenarbeit stelle das Kalmar-Programm dar, das im Jahre 1996 vom Ostseerat beschlossen worden sei. Darin sei immerhin einer von drei Handlungsschwerpunkten dem Umweltschutz gewidmet.

Einen weiteren Meilenstein der internationalen Kooperation habe man schließlich mit der Erstellung einer Agenda 21 für den Ostseeraum zu erwarten, die voraussichtlich im Juni 1998 durch den Ostseerat verabschiedet werde. Das Umweltministerium sei an dem Erstellungsprozeß beteiligt.

Zu Punkt 2, der schleswig-holsteinischen Dimension und Vision der umweltbezogenen Ostseearbeit, führt M Steenblock aus, daß auch bei den schleswig-holsteinischen Schwerpunktsetzungen zur Ostseezusammenarbeit sich der Umweltschutz an prominenter Stelle finde. Nach seiner Überzeugung könne der Ostseeraum als „Modellfall“ für eine erfolgreiche Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung genutzt werden. Hierzu trügen die gewaltigen Naturraumpotentiale in der Region ebenso bei wie die Tatsache, daß viele Ostseeanrainerstaaten in der Umweltpolitik aktiv seien und in ihren nationalen Politiken dem Umweltschutz eine hohe Priorität einräumten. Damit habe man hier die Möglichkeit, eine Umweltpolitik zu realisieren, die zu einer der fortschrittlichsten in Europa zähle.

In seinen weiteren Ausführungen stelle M Steenblock heraus, daß es jetzt nicht mehr nur gelte, Konzepte und Programme zu erörtern und aufzustellen, sondern vordringlich sei inzwischen die Umsetzung und ein entsprechendes Handeln. Er nennt dabei erste erfolgversprechende Ansätze wie zum Beispiel die Aktivitäten der BSSSC oder die BSPF.

Sodann listet M Steenblock zu Punkt 3 einige Projekte auf und erläutert deren Ziele. Dies sind folgende Projekte:

Das Projekt Baltic Environmental Forum, in welchem mit den drei baltischen Staaten zusammengearbeitet werde. Dabei gebe es folgende drei Teilprojekte, nämlich den Aufbau und die Sanierung von zwei Kläranlagen auf der estnischen Insel Hiluma, den Aufbau eines Ausbildungszentrums für Kläranlagenpersonal an der TU Tallinn sowie die Einrichtung eines Koordinationszentrums in Riga für die Erarbeitung nationaler und grenzüberschreitender Umweltprogramme (NEAP) sowie zur Vorbereitung auf die Übernahme europäischer Regularien auf dem Gebiet des

Umweltschutzes. Die Anstöße zu diesem Programm gingen maßgeblich von Schleswig-Holstein aus, so teilt M Steenblock mit. Alle drei Teilprojekte erwiesen sich als außerordentlich erfolgreich. Besonders die Einrichtung des Koordinationszentrums in Riga unter der Leitung einer deutschen Projektkoordinatorin und jeweils einer Mitarbeiterin aus den drei baltischen Staaten habe sich eine Schlüsselstellung für die Ausbildung von Lehrkräften aus dem dortigen Umweltverwaltungen erarbeitet und dessen Existenz bei der Vorbereitung auf die Integration in die EU auf dem Umweltschutzsektor fast unverzichtbar gemacht.

Ein weiteres Projekt gebe es für den Einzugsbereich der Flensburger Förde. Hier sei gemeinsam mit Sonderjyllands Amt eine Ideenskizze entwickelt worden, wie die natürliche Variation der Fließgewässer und ihre Selbstreinigungskräfte wieder hergestellt werden könnten. Neben einer Verminderung der flächenbezogenen Nährstoffeinträge sollen gleichzeitig Lebensbedingungen für eine vielfältige und standortgerechte Tier- und Pflanzengemeinschaft verbessert werden beispielsweise durch die Wiederherstellung der Aufstiegs- und Passagemöglichkeiten für Fische und ähnliches.

Im Arbeitstitel „SEMLA“ (Strategies for ECO-Management among Local Authorities and Enterprises in the Baltic area) werde ein Project zur Zusammenarbeit der Partnerregionen Syd/Sam/Schweden, Gdansk und Schleswig-Holstein entworfen. Das Projekt solle als Beispielprojekt für die Umsetzung des Kalmar-Aktionsprogramms ausgewiesen werden. Ziel sei es, in der Zusammenarbeit Erfahrungen mit Umweltmanagementsystemen, vor allem mit dem EG-Öko-Audit auszutauschen und insbesondere in der Region Danzig bekannt zu machen. Eine Entscheidung der EU-Kommission über den gestellten Förderantrag werde in diesem Punkt noch vor der Sommerpause erwartet.

M Steenblock schließt seinen Vortrag mit dem Hinweis, daß Schleswig-Holstein selbstverständlich in der Lage wäre, seine Aktivitäten noch deutlicher auszuweiten, wenn die entsprechenden Mittel zur Verfügung stünden.

In der sich anschließenden Diskussion stellt Abg. Dr. Gabriele Kötschau Überlegungen an, daß man noch immer keine gemeinsame Lösung zur Beseitigung der Waffen und Munition in der Ostsee gefunden habe.

Abg. Bernd Saxe fordert eine umfassende Erfassung der Bestände und sieht in diesem Bereich insbesondere den Bund gefordert.

Abg. Dr. Gabriele Kötschau bekräftigt, daß ein Bundesland allein diese Aufgabe nicht werde lösen können und gibt zu überlegen, ob nicht eine fraktionsübergreifende Initiative im Landtag an den Bundesrat hilfreich sein könnte.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit dem Hinweis, daß sich der Europaausschuß auch weiterhin mit der länderübergreifenden Umweltpolitik befassen werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Eine-Welt-Beirat

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1251

hierzu: Umdruck 14/1687

Mit Hinweis auf den Umdruck 14/1687 erinnert der Vorsitzende daran, daß der Innen- und Rechtsausschuß als der mit dem Antrag befaßte Ausschuß um eine Stellungnahme des Europaausschusses gebeten habe.

Mit Hinweis auf die Plenardebatte bittet der Antragsteller Abg. Detlef Matthiessen um Zustimmung zu dem Antrag, wobei der betont, daß bewußt darauf verzichtet worden sei, festzulegen, wo der Eine-Welt-Beirat angesiedelt werden sollte.

Dies wolle seine Fraktion dem Regierungshandeln überlassen.

Abg. Jost de Jager verweist ebenfalls auf seine Ausführungen in der Plenardebatte und gibt zu verstehen, daß er auch nach erneutem Studium des Antrages von der im Plenum vorgetragenen Meinung, den Antrag ablehnen zu sollen, nicht abweichen wolle. Er frage sich, was Aufgabe des Beirates überhaupt sein solle.

Abg. Detlef Matthiessen gibt zu überlegen, daß es in Schleswig-Holstein eine Vielzahl von Gruppen gebe, die zum Teil sehr isoliert arbeiteten, und die man nun besser zusammenführen wolle. So habe man sich beispielsweise im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die Lehrpläne auf ihre Inhalte zur Eine-Welt-Politik hin zu durchforsten. Dies könnte also eine Aufgabe sein, an der sich ein solcher Eine-Welt-Beirat beteiligen könnte. Aber auch im Energiebereich könnte ein solcher Eine-Welt-Beirat entsprechende Initiativen ergreifen, was beispielsweise eine exportfähige und bezahlbare Energie für die Dritte Welt angehe.

Abteilungsleiter Werner Kindsmüller trägt die Sicht der Landesregierung vor. Die Landesregierung sei sehr wohl der Auffassung, daß die Eine-Welt-Problematik als Teil der Landespolitik Aufmerksamkeit finden müsse. In einer Welt, die immer stärker von Independenzen geprägt werde, dürfe man sich nicht darauf hinausreden zu sagen, daß es sich hier um die Angelegenheit der Außenpolitik eines Nationalstaates oder der EU handele.

Darüber hinaus bestünden die Chancen, die ein Land in der Eine-Welt-Arbeit habe, darin, daß ein Bewußtsein für die Zusammenhänge zwischen Entscheidungen im Lande und Folgewirkungen anderswo und umgekehrt geschaffen werde.

Im übrigen sollte der Prozeß, der im Jahre 1992 mit dem Gipfel in Rio verstärkt worden sei, nämlich den Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung zu thematisieren, in den Bundesländern mit konkreten Maßnahmen ausgefüllt werden.

Vor diesem Hintergrund halte man es schon für wichtig, daß es eine Stelle gebe, die Strategien entwickle, die sowohl dieses Bewußtsein wecke als auch konkrete Aktionen zu dem Thema Eine-Welt anpacke.

Die entscheidende Frage sei, wie so etwas zu organisieren sei. Dabei sehe er den von Abg. Matthiessen angesprochenen Vorschlag, zu versuchen, mit dem bereits bestehenden Instrumentarium zu arbeiten, als richtigen Ansatz. Vor diesem Hintergrund könne man sich folgendes vorstellen. Die Landesregierung könnte zunächst ein Konzept durch Kabinettsbeschluß festlegen, was mit einer Eine-Welt-Politik gemeint sein solle und welche Handlungsfelder in Schleswig-Holstein mit welchen Strategien und Maßnahmen angegangen werden sollten. Gleichzeitig könnte in diesem Konzept dann auch die Organisationsform skizziert werden.

Begrüßenswert sei darüber hinaus, den Eine-Welt-Gedanken in die bestehenden Strukturen der Landesregierung zu implementieren, um insbesondere den Kreis der Akteure in der Eine-Welt-Arbeit über den bisherigen Kreis hinaus zu erweitern, um dieses Thema aus seinem Nischendasein herauszuholen.

Es sei vorstellbar, daß der bereits bestehende, von der Ministerpräsidentin und dem Umweltminister gebildete sogenannte „Umweltgipfel“ der geeignete Ort sein könnte, diese Thematik aufzugreifen.

In diesem Zusammenhang wolle er darauf hinweisen, daß dieser „Umweltgipfel“ sich aus Vertretern gesellschaftlicher Organisationen - Wirtschaft, Gewerkschaft, Kammern, Kirchen und anderen - zusammensetze und die Landesregierung berate. Daneben entwickle dieser Gipfel auch eigene Konzepte und beauftrage unterschiedliche Arbeitsgruppen mit der Realisierung und Konkretisierung dieser Projekte. So gebe es beispielsweise eine Arbeitsgruppe „ökologische Unternehmen“, eine Arbeitsgruppe „Verbraucherschutz“ und eine Arbeitsgruppe „Agenda 21“.

Man könne sich vorstellen, so fährt Abteilungsleiter Kindsmüller fort, daß zusätzlich zu den bereits bestehenden Arbeitsgruppen auch eine Arbeitsgruppe „Eine-Welt“ eingerichtet würde. Diese Arbeitsgruppe „Eine-Welt“ könnte zusammengesetzt werden aus Vertretern der Ministerien und zusätzlich aus Vertretern gesellschaftlicher Organisationen, wobei es im Sinne der Verbreitung des Eine-Welt-Gedankens sein könnte, wenn sich dieser Kreis nicht nur auf die klassischen Entwicklungsorganisationen reduzieren würde, sondern darüber hinaus zum Beispiel auch Kammern, Wohlfahrtsverbände und andere Hilfsorganisationen mit aufnehme,

um auf diese Weise den Eine-Welt-Gedanken breiter in der Gesellschaft zu verankern.

Diese Konstruktion, so meint AL Kindsmüller, würde es erlauben, auf der einen Seite die Maßnahmen zu koordinieren, die im Bereich der Landesregierung erforderlich und notwendig seien - die Lehrplanrevision sein beispielsweise angesprochen worden - und auf der anderen Seite Aktivitäten zu entfalten, deren Träger die gesellschaftlichen Organisationen seien, und diese zu verbinden.

Wenn man dagegen isolierte Gremien schaffte, bestünde die Gefahr, daß möglicherweise Ablehnungsfronten gebildet würden. Solche Ablehnungsfronten könnten aber im Eine-Welt-Beirat sicherlich überwunden werden.

Diese angedachte Arbeitsgruppe „Eine-Welt“, die dem „Umweltgipfel“ zugeordnet würde, würde es erlauben, den interministeriellen Arbeitskreis „Nord-Süd“ aufzulösen; denn dieser könnte dann in den neuen Beirat einfließen. Damit hätte man dann kein weiteres Gremium, sondern die vorhandenen Gremien würden nur anders organisiert sein.

Die Aufgaben dieser Arbeitsgruppe könnten darin bestehen, das durch Kabinettsbeschluß festgelegte Konzept der Landesregierung umzusetzen und Aufträge aus dem Umweltgipfel abzuarbeiten. Dabei sollte die Arbeitsgruppe allerdings auch ein Selbstverfassungsrecht haben, so daß dem Umweltgipfel umgekehrt auch Vorschläge zur Entscheidung vorgelegt werden könnten, und schließlich Umsetzungsinitiativen gestartet würden, die außerhalb des staatlichen Bereiches lägen.

Eine solche Konstruktion, so schließt AL Kindsmüller seinen Vortrag ab, wäre der Versuch, eine möglichst hohe Außenwirkung zu erreichen und auch die administrative Effizienz zu steigern.

In dem sich anschließenden Meinungs-austausch über Zustimmung zum oder Ablehnung des Antrages steht im Mittelpunkt der Vorwurf der Klientelpolitik. Vom Antragsteller kommt die Einschätzung, daß es sich zumindest um positive Klientelpolitik handele.

Abg. Jost de Jager bezweifelt die Notwendigkeit eines solchen Beirates.

Auch Abg. Meinhard Füllner zeigt sich durch die Ausführungen von AL Kindsmüller nicht von der Notwendigkeit eines solchen Beirates überzeugt.

Demgegenüber spricht sich Abg. Bernd Saxe für die Vorstellungen der Landesregierung aus und tritt dafür ein, einen solchen Versuch zu wagen.

Beschluß:

Der Antrag wird dem Innen- und Rechtsausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU zur Annahme empfohlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Resolution zur Regierungserklärung „Starke Länder in
Deutschland - Basis eines zusammenwachsenden Europas“**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1389

(überwiesen am 26. März 1998 an den Finanzausschuß und den
Europaausschuß)

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, stellt fest, daß wesentlicher Inhalt des Antrages zwar Aussagen zum Länderfinanzausgleich seien, daß dennoch aber der Europaausschuß unter dem Aspekt, auch Ausschuß für Bundesratsangelegenheiten zu sein, ein Votum abgeben könne.

Vor diesem Hintergrund verzichten die Fraktionen auf eine inhaltliche Diskussion. Abg. Bernd Saxe beantragt Zustimmung; Abg. Jost de Jager spricht sich für Ablehnung aus mit der Begründung, daß das jetzige System auf Dauer nicht mehr funktionieren könne und man deshalb von einer Resolution generell absehen sollte.

Beschluß:

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU beschließt der Ausschuß, der federführende Finanzausschuß möge die Annahme des Resolutionsantrages empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Einführung des Euro in der Steuerverwaltung und im
Landeshaushalt**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1362

hierzu: Umdrucke 14/1694, 14/1732

(überwiesen am 26. März 1998 an den Finanzausschuß und den
Europaausschuß)

Eingangs der Beratung verweist der Vorsitzende auf den Bericht der Landesregierung zur Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung in Schleswig-Holstein, Drucksache 14/1346, der im Plenum abschließend zur Kenntnis genommen worden sei. Er schlägt jedoch vor, im Wege der Selbstbefassungsrechts diesen Bericht in einer späteren Sitzung zu behandeln, um unter anderem Aussagen der Landesregierung zur Umsetzung der von der Landesregierung vorgesehenen Maßnahmen zu erhalten. Er beziehe sich dabei insbesondere auf Seite 14 des Berichtes, wo gesagt werde, daß die Landesregierung ab 1999 beginnen wolle, DM-Endbeträge in Bescheiden, Mitteilungen und ähnlichen nach Möglichkeit nachrichtlich zusätzlich in Euro auszuweisen. Hier gebe es seiner Auffassung nach noch Gesprächsbedarf, wie diese Möglichkeiten zu nutzen seien.

Zum Antrag der CDU Drucksache 14/1362 verweist der Vorsitzende sodann darauf, daß Finanzminister Möller bereits in der 22. Sitzung den Ausschuß über den Zeitpunkt der Umstellung der Steuerverwaltung auf den Euro unterrichtet habe und daß dazu anschließend eine Resolution an die Ministerpräsidentin zur Beschleunigung des Zeitraumes vom Ausschuß gefaßt worden sei. Die Landesregierung habe darauf mit Umdruck 14/1732 geantwortet, und nach der dort aufgezeigten Beschlußlage könne man die Nummer 1 des Antrages als erledigt ansehen.

Da es sich bei Punkt 2, der sich damit befasse, die Ansätze des Landeshaushaltes ab dem Haushaltsjahr 1999 nicht nur in DM, sondern auch in Euro auszuweisen, um eine rein haushaltstechnische Darstellung handele, schlage er vor, das Votum dazu dem zuständigen Finanzausschuß zu überlassen.

Abg. Bernd Saxe schließt sich den Überlegungen des Vorsitzenden an. Abg. Jost de Jager sieht die Realisierungschance, die Steuererklärung bereits ab

1999 in Euro abgeben zu können, aufgrund des späten Zeitpunktes der Beschlußfassung der Ministerpräsidenten als sehr gering an und will deshalb nicht die Meinung des Vorsitzenden teilen, daß der Punkt 1 des Antrages als erledigt angesehen werden könne.

Er fährt fort, daß er den Punkt 2 nicht für eine rein haushaltstechnische Angelegenheit halte, sondern darin vielmehr auch eine politische Frage sehe, weil von einem solchen Doppelausweis im Haushalt 1999 für die Gesellschaft auch eine große Signalwirkung ausgehen werde. Der Symbolwert einer solchen Ausweisung dürfe nicht unterschätzt werden.

Abg. Detlef Matthiessen hält demgegenüber nicht viel vom Symbolwert eines Haushalts, da dieser von kaum jemandem außer von den davon Betroffenen gelesen werde. Angesichts des geringen Interesses an Haushalten hielte er die finanziellen Mehraufwendungen einer Doppelausweisung für unverhältnismäßig hoch im Vergleich zum davon ausgehenden Nutzen.

Amtsrat Sven Wacker schildert die zur Zeit vorherrschende Haltung der 16 Ministerpräsidenten der Bundesländer zur Einführung des Euro in der Steuerverwaltung und erinnert an die organisatorischen Probleme einer sehr frühen Umstellung.

Der Vorsitzende geht davon aus, daß aufgrund der zu erwartenden Abstimmung der Ministerpräsidenten in ihrer Konferenz am 08.06. Punkt 1 des Antrages - wie bereits betont - als erledigt angesehen werden könne. In bezug auf Punkt 2 des Antrages gibt er zu überlegen, ob der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen sich lohnen könnte.

Amtsrat Sven Wacker erläutert anschließend die bereits begonnenen Arbeiten zur Erstellung einer neuen Software für den Haushalt. Diese Software sei mit der Überlegung angeschafft worden, die Eurofähigkeit ab dem Jahre 2002 zu gewährleisten. Mit dieser Software werde es möglich sein, innerhalb von zwei Wochen von DM auf Euro umzustellen, wobei die Umstellung zum 01.01.2002 angestrebt werde. Ein ähnlicher Zeitpunkt werde auch in den anderen Bundesländern befürwortet. Nirgendwo werde an eine Doppelausweisung im Haushalt gedacht.

Im weiteren macht Amtsrat Wacker darauf aufmerksam, daß nicht nur die einzelnen Positionen, sondern auch die Erläuterungen der Einzelpläne in die Umstellung mit einbezogen werden müssen, was bei einer Doppelausweisung das Layout sehr verändern würde und somit auch entsprechende finanzielle Auswirkungen haben würde.

Für Abg. Bernd Saxe sind die technischen Schwierigkeiten und die finanziellen Auswirkungen einer Doppelausweisung ein ausreichender Grund, dem zuständigen Finanzausschuß das Votum zum Antrag zu überlassen und auf eine Abstimmung zu Punkt 2 zu verzichten.

Abg. Jost de Jager tritt unter Würdigung der technischen Schwierigkeiten dennoch aus Gründen der Öffentlichkeitswirkung dafür ein, zum Punkt 2 des Antrages ein Votum abzugeben. Den Punkt 1 könne er aufgrund der zu erwartenden Beschlußlage der MP-Konferenz als erledigt zurückziehen.

Beschluß:

Bei Enthaltung des Abg. Jost de Jager beschließt der Ausschuß ohne Gegenstimmen, kein Votum zu Punkt 2 des Antrages abzugeben, da es sich um mehr haushaltstechnische Fragen handelt, die im Bereich des federführenden Finanzausschusses zu klären sind.

Der Punkt 1 wird vom Antragsteller als erledigt zurückgezogen.

Im Wege des Selbstverfassungsrechts soll der Bericht der Landesregierung zur Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung in Schleswig-Holstein, Drucksache 14/1346, in der Sitzung am 28. Oktober behandelt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht des Landtagspräsidenten über die
6. Parlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im
Ostseeraum**

hier: abschließende Kenntnisnahme

Da der Bericht bereits in der Sitzung am 1. Oktober 1997 gegeben worden ist, nimmt der Ausschuß den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Ostseeaktivitäten der
Landesregierung**

Drucksache 14/888

(überwiesen am 5. November 1997)

hier: abschließende Kenntnisnahme

Da der Bericht bereits vor der Ausschußüberweisung in der Sitzung am 20. August 1997 ausführlich diskutiert worden ist, nimmt der Ausschuß den Bericht ohne Diskussion abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Umdruck 14/1725, Perspektiven der Ostseekooperation, und die Unterrichtung 14/0046, Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, sowie der Konvergenzbericht der Europäischen Kommission vom 25. März 1998 und die Dokumentation Baltic Sea Women's Conference in Lübeck werden ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Punkte werden angesprochen:

1. Der Vorsitzende berichtet über das Treffen der Ausschußvorsitzenden der Europaausschüsse der Länder in Dresden. Dort sei man zu der Auffassung gelangt, sich so lange treffen zu wollen, als es noch nicht die technischen Möglichkeiten gebe, einen sinnvollen Austausch der Materialien zu organisieren. Festgehalten worden sei, daß es sich nicht um ein politisches Gremium mit irgendeinem Mandat handele, sondern lediglich um Informationstreffen, um sich darüber auszutauschen, wie man Europapolitik in den einzelnen Ländern angehe und eventuell auch durch eine intensivierete Zusammenarbeit im Rahmen von Resolutionen und anderem fördern könnte. Einigkeit sei darüber hinaus erzielt worden, daß es sich bei diesem Treffen nicht um eine Dauereinrichtung handeln solle.
2. Als Jurymitglied bei der 8. Nationalen Auswahlsitzung des Europäischen Jugendparlaments am 23./24. Mai 1998 in Kiel wird Abg. Geißler einstimmig vom Ausschuß benannt, vorbehaltlich dessen Zustimmung.
3. An der Podiumsdiskussion der Jungen Europäischen Föderalisten in Schleswig-Holstein zur Europawoche am 4. Mai 1998 wird voraussichtlich Abg. Matthiessen teilnehmen.

4. Der Ausschuß einigt sich darauf, den nächsten Sitzungstermin von Mittwoch, dem 27. Mai, auf Freitag, den 29. Mai 1998, zu verschieben.

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Uwe Döring

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin